

TOP 3.4.3 Initiative Erwachsenenbildung (IEB) bis 2021 verlängert

Die Initiative Erwachsenenbildung (IEB) wurde im Jahr 2012 ins Leben gerufen, damit gering qualifizierte Menschen bessere Chancen am Arbeitsmarkt erhalten. In Österreich lebende Jugendliche und Erwachsene können unentgeltlich grundlegende Kompetenzen und den Pflichtschulabschluss auch nach Beendigung der schulischen Bildungsphase erwerben.

Die sogenannte „Programmperiode 2“ der IEB läuft Ende 2017 aus und musste somit in diesem Jahr verlängert werden. Die AK hat sich immer – politisch und direkt als Mitglied der nationalen Steuerungsgruppe der IEB – für die IEB und für ihren Ausbau eingesetzt. Die IEB wird beim Programmteil „Pflichtschulabschluss“ von Bund und Ländern im Verhältnis 50:50 finanziert. Im Programmteil „Basisbildung“ kommt seit 2016 auch der Europäische Sozialfonds (ESF) zum Einsatz, mit seinen zusätzlichen Mitteln konnte das Kontingent an Kursplätzen verdoppelt werden.

Nachdem sich die Bundesländer bereits im Herbst 2016 für eine Verlängerung der IEB ausgesprochen hatten, lag nun der Ball beim Bund.

Letztendlich – auch aufgrund der Interventionen verschiedener Landeshauptleute beim Finanzminister – kam die IEB dann am 7. Juni in den Ministerrat. Dieser beschloss die Verlängerung, diesmal sogar auf 4 Jahre (was der Laufzeit des ESF bis 2021 entspricht). Die IEB ist eine § 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern und eine Verlängerung muss daher im Nationalrat beschlossen werden. Da mittlerweile schon klar war, dass es am 15. Oktober Neuwahlen geben wird, war man sich einig, dass die Verlängerung noch vor der Sommerpause des Parlamentes über die Bühne gehen muss (vorgesehen war ursprünglich eine Beschlussfassung im Herbst). Am 28. Juni wurde die Verlängerung der IEB mit großer Mehrheit beschlossen.

Rund 27.000 Personen können zwischen 2018 und 2021 von der IEB erreicht werden – 18.000 im Bereich der Basisbildung und 9.000 im Programmbereich des Nachholens des Pflichtschulabschlusses. Durch die Verwendung von ESF-Mitteln für zusätzliche Lehrgänge im Bereich Pflichtschulabschluss kann ab 2018 auch hier das Kontingent erhöht werden. Mehr als € 111,5 Mio. stellen Bund, Länder und ESF gemeinsam in den Jahren 2018 bis 2021 bereit. Der Anteil des Bundes beträgt pro Jahr € 9,094 Mio. (40 % für Basisbildung, 60 % für den Pflichtschulabschluss).

Die Anregung der AK, von der bisher immer dreijährigen Verlängerung auf einen längeren Zeitraum umzusteigen, wurde aufgenommen.

Link: <https://www.initiative-erwachsenenbildung.at/initiative-erwachsenenbildung/was-ist-das/>